

Einladung zum  
Matthäus-Seminar 2018:  
**Die Matthäusgemeinschaft:  
Leben im Imperium**

**13. bis 15. April 2018**  
in der ev. Jugendbildungsstätte Bad Hersfeld  
Alter Kirchweg 37  
36251 Bad Hersfeld

Es ist eine Lehrhaus-/Lernhausarbeit: eine Lektüre der Schrift, die nicht von dogmatischen Voraussetzungen ausgeht, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, unter denen die Schrift entstanden ist. Daraus ergeben sich Anregungen, auch unseren heutigen gesellschaftlichen Hintergrund, unsere politische, ökonomische, soziale und religiöse Situation besser zu verstehen und zu verändern.

Zur Mitarbeit an dieser Form der Lektüre des Matthäusevangeliums laden wir herzlich ein.

Anmeldungen und weitere Informationen im CfS-Büro.

**Inhalt:**

Hartmut Futterlieb, Jenseits bürgerlicher Exegese  
Fulbert Steffensky, Kirchen als Agenten des Wandels  
Philipp Geitzhaus und Juia Lis, Kirche(n) in (sozialer Bewegung)  
Martin Block, Befreiungstheologie als Globalisierungsprojekt  
Dick Boer, Kampf und biblische Inspiration  
Fulbert Steffensky, Die Nachricht der Hingerichteten  
Reinhard Hauff, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung...  
Reinhold Fertig, Ohnmacht der Mächtigen - Macht der Machtlosen  
Birgit Wingenroth, Begegnungen  
Martin Block, Zur Kritik politökonomischer Kategorienbildung

Das Buch kostet 8,- € plus Versand. Es ist über das Büro (Hartmut Futterlieb) zu bestellen.



ChristInnen für den Sozialismus

# CfS—Circular 1 2018

**Inhalt:**

|                                |       |
|--------------------------------|-------|
| Terroristen .....              | S. 1  |
| Charmant asozial .....         | S. 3  |
| Mariologie .....               | S. 4  |
| Jesus und Imperium .....       | S. 7  |
| In einer solchen NATO .....    | S. 10 |
| Aufruf .....                   | S. 12 |
| Rezension .....                | S. 13 |
| Grammatische Deutschheit ..... | S. 15 |

**CfS**

Büro:  
Hartmut Futterlieb  
Zur Linde 9  
36251 Bad Hersfeld  
Tel.: 06621-74905  
E-Mail: Hartmut.Futterlieb@t-online.de

**Konto CfS:**

IBAN:  
DE05 5009 0500 0301 5629 41  
BIC:  
GENODEF1S12

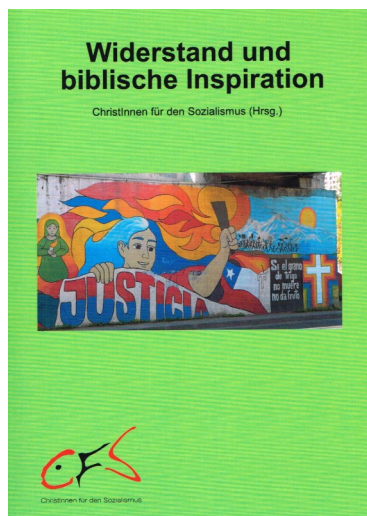
Verein zur Förderung und Erforschung der lateinamerikanischen Theologie  
Konto: DE89 2001 0020 0094 9782 03  
BIC: PBNKDEFF

**www.chrisoz.de**

## Terroristen

Das Wort hat sich in alle Zeitungsseiten eingenistet. Es beschränkt sich nicht auf Zeiten tatsächlicher terroristischer Anschläge. Es scheint allgegenwärtig. Das kommt den herrschenden Regierungen entgegen; denn es erzeugt eine diffuse Angst, zumal nicht mehr unterschieden wird, wer das ist, wie Menschen zu Terroristen werden, welche Ziele sie verfolgen. Terroristen sind Terroristen. Nicht lange fragen. Einfach erschießen, Die diffuse Angst erzeugt den Druck, der es ermöglicht, immer mehr Geld in die Sicherheitspolitik zu stecken, die Polizei aufzurüsten, das Militär zu verstärken, die Befugnisse der Geheimdienste der demokratischen Kontrolle zu entziehen. Ein profitables politisches Feld für die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie.

In früheren Jahren gab es Befreiungsbewegungen, die gegen Diktatoren und menschenfeindliche gewalttätige Regierungen kämpften. Das Wort „Diktator“ scheint aus dem Gebrauch gekommen zu sein. Vom Volk gewählte Autokraten protzen mit der Legitimität ihres Auftritts. Der philippinische gewählte Autokrat Duterte schmückt sich mit 10 000 ohne Gerichtsurteil getöteten „Drogendealern“ und behauptet, das sei eine „gute Investition“. Er erhält hohen Staatsbesuch aus den USA. Der Autokrat Erdogan belegt alles mit dem Wort Terrorist, was er für seine Feinde hält. Manchmal entlässt er einen aus dem Gefängnis und erhält dafür Waffen aus Deutschland, mit denen er gegen diejenige Gruppe von syrischen Kurden einen völkerrechtswidrigen Krieg führt, die im Norden Syriens ein basisdemokratisches Gemeinwesen aufbauen, an dem verschiedene religiöse Gruppen beteiligt sind. Der Angriffskrieg Erdogans gegen die Kurden in Afrin und Umgebung kommt in



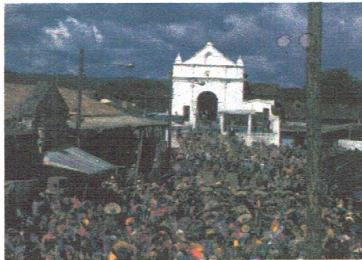
den Zeitungen auf den hinteren Seiten vor. Dabei war dies ein Gebiet, in dem weitgehend Frieden herrschte, weshalb viele Menschen aus anderen Gegenden Syriens dorthin geflohen waren.

Es kommt vor, dass tatsächliche Terroristen, die in Venezuela operieren, plötzlich z.B. in der Frankfurter Rundschau als Freiheitskämpfer bezeichnet werden. Das ist Teil der Verwirrung.

Das Wort „Terrorist“ ist zu einer Vokabel der Herrschaftssicherung geworden. Da Terroristen per Definitionem unmenschlich sind, braucht über die eigene Unmenschlichkeit nicht mehr gesprochen werden. In der Nordhälfte der Erde wird ein ungeheurer Reichtum angesammelt, während im breiten Gürtel der islamischen Länder von Pakistan bis hin zur Westsahara eine große Armut und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht. Zugleich hat sich in den fundamentalistischen Strömungen islamistischer Interpretationen des Qu‘ran eine Ideologie gebildet, die z.B. von Saudiarabien oder von der Türkei benutzt wird, um die eigenen Machtansprüche kriegerisch durchzusetzen. Bei aller Armut fehlt es nicht an Geld, um aus den perspektivlosen Jugendlichen Söldner des Glaubens zu rekrutieren.

Über die Ursachen des Terrorismus herrscht Schweigen. Man müsste ja über die Folgen eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus nachdenken.

*Hartmut Futterlieb*



*Wir verstehen uns als Christen,  
die dem Evangelium nur treu bleiben  
können, wenn sie in den Kämpfen  
der Gegenwart Partei ergreifen,  
Partei für die Benachteiligten,  
Unterdrückten und Ausgebeuteten.  
CfS, Arnheim 23. Sep. 1973*

## Grammatische Deutschheit

Neulich deutschen auf deutsch vier deutsche  
Deutschlinge deutschend,  
sich überdeutschend am Deutsch,  
welcher der Deutscheste sey.  
Vier deutschnamig benannt: Deutsch, Deutscherig,  
Deutscherling, Deutschdich;  
Selbst so hatten zu deutsch sie sich die Namen  
gedeutscht.  
Jetzt wettdeschten sie, deutschend in  
grammatikalischer Deutschheit,  
Deutscheren Comparativ, deutschesten Superlativ.  
„Ich bin deutscher als deutsch.“ „Ich deutscherer.“  
„Deutschester bin ich.“  
„Ich bin der Deutschereste, oder der Deutschestere.“  
Darauf durch Comparativ und Superlativ fortdeutschend,  
Deutschen sie auf bis zum—Deutschesteresteresten ;  
bis sie vor comparativisch– und superlativischer Deut-  
schung  
den Positiv von Deutsch hatten vergessen zuletzt.

*Friedrich Rückert*

In Teil II skizziert das Autorenteam das Thema genauer: In einem historischen Zeitraffer geht es vom „Gastarbeiter“-Boom der 1950er Jahre über die Migrationszeit nach der Wiedervereinigung nach 1989 bis hin zum Migrationssommer 2015. Deutlicher und organisierter als zuvor arbeiten Staat und Wirtschaft nun in einem Regime mobiler Arbeit zusammen: bei der Registrierung, der Einordnung als Asylbewerber, als Kriegsflüchtling, als Einwanderer werden MigrantInnen von Staat und Wirtschaft eindeutig hierarchisiert und nach ihrer flexiblen Einsetzbarkeit für den Arbeitsmarkt kategorisiert. Mit der Dublinverordnung und dem Türkei-pakt sind die Zuständigkeiten der Länder vorerst geklärt. Mit dem mehrfach geänderten Asylrecht, gerade nach der Öffnung der Grenzen bei den Flüchtlingen in Ungarn, sind die Anerkennung, das Bleiberecht (befristet/unbefristet), die verschiedenen Duldungsstufen und damit auch die unterschiedlichen Stufen der Arbeitserlaubnisse sehr genau differenziert - und auch hier wieder für Arbeitgeber und Wirtschaft passgenau zugeschnitten. Dabei arbeiten Staat und Wirtschaft nicht immer direkt Hand in Hand, sondern sind orientiert an Arbeitslosenzahlen, Wirtschafts- und Altersstatistiken. Viele Nichtregierungsorganisationen leisten eine enorme Arbeit für MigrantInnen, häufig genug ehrenamtlich und leider ohne wirkungsvolle Mitbestimmung bei der Durchsetzung migrantischer und eigener Interessen. Widerstand gegen die Totalüberwachung und Total-In-Wert-Setzung gibt es jedoch nach wie vor. Recht wirkungsvoll scheint zu sein, dem Jobcenter nicht alles zu sagen: also Wohnort, Jobverhältnisse, Ausbildungen, Arbeitserfahrungen. Natürlich ist dies ein Weg in die –vermittelte– Illegalität, aber über Schwarzarbeit und gut funktionierende migrantische Netzwerke ist man häufig weitaus besser gestellt und abgesichert als über den deutschen Sozialstaat mit der gegenwärtigen Steuer-, Verteilungs- und Sozialpolitik. Alles in allem ein sehr instruktives, viele Einblicke gewährendes und Perspektiven fortführendes Buch, das mit der Fußnote der Göttinger Wissenschaftler „geldheuckendes Geld“ letztlich die Systemfrage streift, allerdings fast „aus Versehen“ und letztlich undiskutiert. So bliebe etwas für die nächste Publikation.

*Martin Block*

## **Charmant asozial**

Frankreichs Präsident Macron will die Lebensverhältnisse der Franzosen verschlechtern. Wofür wird er eigentlich gelobt?

*Am 29.06. 2017 erschien der folgende Leitartikel von Stephan Kaufmann in der Frankfurter Rundschau. Die Auszüge passen zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe.*

Die Geschichte, die uns derzeit erzählt wird, geht so: Ganz Europa hat gespart und sich reformiert und feiert einen Aufschwung. Ganz Europa? Nein. Ein Land verweigert sich der Modernisierung: Frankreich. Dort gibt der Staat mit vollen Händen aus, die Sozialleistungen sind üppig, das starre Arbeitsrecht fesselt die Innovationskraft der Unternehmen. Nun betritt der Heilbringer die Bühne: Der jungdynamische Präsident Emmanuel Macron wagt den Kampf gegen das alte System, das die Wirtschaft lähmt.

Es ist bezeichnend für den Zustand Europas, dass hier ein ehemaliger Investmentbanker als Held und die Gewerkschaften als Gegner dargestellt werden. Und dass die Bevölkerung agitiert wird gegen die Institutionen, die für ihre Rechte als Arbeitnehmer kämpfen.

Was verspricht Macron? Vor allem den Unternehmen sinkende Kosten. Er will Tarifverhandlungen auf die betriebliche Ebene verlagern, sprich: den Unternehmen erlauben, unter den bislang geltenden Standards zu bezahlen. Er will den Kündigungsschutz abschwächen, was den Unternehmen leichtere Entlassungen ermöglicht und den Druck auf die Beschäftigten erhöht. Gefördert wird auch eine Senkung des Mindestlohns sowie eine Abschaffung der 35-Stunden-Woche, was gleichbedeutend wäre mit der Abschaffung von Überstundenzuschlägen. Die Franzosen sollen billiger werden. Die Börsen feierten Macrons Sieg daher mit Kursaufschlägen. Dazu vier Anmerkungen.

Erstens: Um die Rechte französischer Arbeitnehmer als unzeitgemäße Privilegien darzustellen, wird das Bild von Frankreich als krankem Mann Europas gezeichnet. Dies entspricht nicht ganz der Realität. Im ersten Quartal 2017 legte die französische Wirtschaftsleistung um 0,5 % zu, die deutsche kam auf 0,6 %. Seit der Euro-Einführung wuchs Frankreichs Wirtschaft um durchschnittlich 1,5 % pro Jahr, die deutsche um 1,3 %. Trotz 35-Stunden-Woche arbeiten die Franzosen im Durchschnitt 110 Stunden mehr pro Jahr als die Menschen hierzulande. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 9,6 % ist die Lage Frankreichs zwar bedenklich, aber nicht katastrophal. Und es stellt sich die Frage, ob Lohnmäßigung das Rezept für eine Wirtschaft ist, die anders als die deutsche nicht auf Export, sondern auf Binnenkonsum basiert.

Zweitens: Die Flexibilisierung der Arbeitskraft ist für die Unternehmen günstig. Denn sie können besser auf Marktschwankungen reagieren, Arbeitskräfte ein- und ausstellen und die Lohnkosten anpassen. Damit werden allerdings auch die Einnahmen der Bevölkerung an die Marktschwankungen angepasst. Ein Problem ist dies, weil die alltäglichen Bedürfnisse und Ausgaben der Menschen nicht so flexibel sind wie die Konjunktur- und Konkurrenzsituation. Beim Einkommen, das zeigt jede Umfrage, wollen Menschen vor allem Sicherheit. Nun wird ihnen gesagt, diese Sicherheit sei nicht mehr zeitgemäß.

Drittens: Frankreich ist gar kein Sonderfall, sondern nur der jüngste Kandidat einer Flexibilisierungswelle, die seit Jahren über Europa rollt. In Italien gab es allein seit 2008 mehr als 40 Reformen. In Deutschland wurde die Arbeitnehmerschaft per Agenda 2010 flexibilisiert. In den Krisenstaaten Griechenland, Portugal und Spanien wurden seit 2010 auf breiter Front Arbeitnehmerrechte geschleift, Kündigungen erleichtert und Mindestlöhne gesenkt. Teil der Reformen war stets eine Schwächung der Flächentarife, die halbwegs eine Einheitlichkeit lokaler Lebens- und Konkurrenzbedingungen gewährleisten sollten. All das trug bei zu einem Trend, der schon seit langem zu beobachten ist: der Fall der Lohnquote. Vom erwirtschafteten Ertrag bekommen die Lohnabhängigen relativ immer weniger. Und die Ungleichheit wächst. In fast allen Industrieländern.

Viertens: Die Flexibilisierung der Menschen ist nötig, heißt es, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Im Konzept der Wettbewerbsfähigkeit treten Staaten wie Unternehmen gegeneinander an im Kampf um Marktanteile, Exporte und Wachstumsprozente. Hier zählt die Bevölkerung als Kostenfaktor. Die Logik der Wettbewerbsfähigkeit entfaltet sich derzeit am Beispiel Frankreich. Frankreichs Industrie hat hohe Löhne - im Verhältnis zu anderen Ländern. Frankreich hat hohe Steuern und Abgaben - im Verhältnis zu anderen Ländern. Frankreichs Arbeitnehmer sind gut geschützt - im Verhältnis zu anderen Ländern.

Über die Logik des Vergleichs zwingen sich die Länder gegenseitig zu immer neuen Anpassungen. Senkt ein Land die Unternehmenssteuer, müssen andere mitziehen. Senkt ein Land die Lohnstückkosten, werden dadurch andere zu teuer. Will ein Land eine Vermögenssteuer erheben, kann es dies nicht tun, weil sonst das Kapital dorthin flieht, wo es steuerfrei bleibt. Aus der Sicht des einzelnen Wettbewerbers ist diese Logik zwingend. Einen Ausweg aus dem Rattenrennen bietet nur gemeinsame Koordination, also der Beschluss bestimmter Mindeststandards. Das beendet zwar nicht die Konkurrenz, schafft ihr aber eine Basis. Und würde vielleicht die Menschen dazu bringen, Europa wieder etwas positiver zu sehen.

Kontakt: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.  
info@frieden-und-zukunft.de und www.frieden-und-zukunft.de  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 66-77, Frankfurt a.M.

Rückfragen an Karl-Heinz Pail 0162-3447196 und Ulrich Wilken 0177-4360608

## **Mobile Integration just in time—wir schaffen das**

*Eine Rezension zu Moritz Altenried, Manuela Bojadzijev (u.a.), Hrsg., Logische Grenzlandschaften. Das Regime mobiler Arbeit nach dem Sommer der Migration, Münster 2017, 206 Seiten, ISBN: 978-3-89771-233-1*

Der Sammelband „Logistische Grenzlandschaften“, herausgegeben von einem internationalen Team von SozialwissenschaftlerInnen, untersucht im Nachgang des Migrationsommers 2015 das Verhältnis von Migration und Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei wird Arbeit für die MigrantInnen im wesentlichen als „mobile Arbeit“ beschrieben: diese ist gleichermaßen logistischen Steuerungen unterworfen, so dass eine der Hauptthesen dieses Buches die der Logistifizierung migrantischer Arbeit ist.

Anders als Anfang der 1990er Jahre sind MigrantInnen in Deutschland und anderen europäischen Ländern durchaus willkommen. Durch den Demographiewandel und die seit Jahren boomende Wirtschaft, was sich allerdings nicht in höheren Löhnen bemerkbar macht, fehlen in etlichen Branchen sogar Arbeitskräfte und Auszubildende. Nun ist die In-Wert-Setzung menschlicher Arbeitskraft eben kein humanitärer, sondern ein durch und durch ökonomischer Akt, bei dem es im migrantischen Bereich um die fein säuberliche Unterscheidung und Einordnung der potentiellen neuen BerufseinsteigerInnen oder -anfängerInnen geht. Es wird unterschieden nach Ausbildungsgrad, nach Geschlecht, nach Alter, nach Bleiberecht, nach Fluchtursache - und natürlich auch nach Sprachfähigkeit und Flexibilität. Die Ordnungspolitiken der Bundes- und der Landesregierungen spielen nach wie vor eine gewichtige Rolle. Es ist nicht allein das kapitalistische Regime, das für die Arbeits, Macht- und Herrschaftsverhältnisse sorgt. Je nach Perspektive kann aus diesen Ordnungspolitiken immer wieder auch die Betonung auf das Humanitäre gelegt werden. Die Bundeskanzlerin hat damit die „big points“ bei Linken und Liberalen gemacht, doch humanitäre Aspekte werden kaum ausschlaggebend gewesen sein.

## Aufruf

von Organisationen im Rhein-Main-Gebiet zur Solidarität mit kurdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserer Region:

### **Stoppt den Krieg gegen die kurdische Selbstverwaltung in Afrin im Norden Syriens**

Die türkische Armee ist völkerrechtswidrig in den Norden Syriens einmarschiert, um die dortige kurdische Selbstverwaltung zu zerstören. Dieser Krieg - der auch mit deutschen Leopard-2-Panzern geführt wird - bringt für die Zivilbevölkerung Tod, Zerstörung, notwendige Fluchtbewegungen und damit eine humanitäre Katastrophe hervor.

Der türkische Präsident Erdogan betreibt seit Abschluss des so genannten Flüchtlingsabkommens eine Politik der offenen Erpressung gegenüber der EU und der deutschen Bundesregierung. Unsere Kritik richtet sich deshalb auch gegen diese machtpolitische Kumpanei, die vor allem auf dem Rücken von Flüchtlingen aus syrischen Kriegsgebieten ausgetragen wird.

Die von türkischen Angriffen betroffene Region Afrin hat in den letzten Jahren hunderttausende arabische Flüchtlinge aufgenommen. Damit haben die kurdische Bevölkerung und deren Selbstverwaltungsorgane in dieser Region auch ein solidarisches Handeln und multiethnisches Zusammenleben vorgelebt. Dieses nehmen wir zum Anlass, um auch hierzulande gegen ethnische Diskriminierung und offenen Rassismus gegenüber Flüchtlingen aus Kriegsgebieten anzugehen.

Militärische Machtpolitik, Aufrüstung und Rüstungsexporte waren und sind bei den Sondierungs-/Koalitionsgesprächen in Berlin überhaupt kein Thema. Wir fordern demgegenüber von der deutschen Bundesregierung:

Eine unmissverständliche Verurteilung dieses völkerrechtswidrigen Krieges durch das NATO-Mitgliedsland Türkei

- Den Stopp aller Rüstungsexporte in die Türkei und die Beendigung jeglicher Rüstungskoooperation
- Die Beendigung des Bundeswehrmandates im Nahen Osten und Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien
- Die Kriminalisierung kurdischer Organisationen in Deutschland zu beenden, die für sich für einen säkularen und demokratischen Wiederaufbau in der Region einsetzen
- Die Aufhebung des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei

## Mariologie

Die protestantische Kirche hat mit Maria wenig anfangen können. Vielleicht war ihr die römisch-katholische Marienverehrung zuwider. Aber die Konsequenz war, dass Kirche und Theologie noch mehr eine reine Männergeschichte wurden als sie es ohnehin schon waren. Alles spielte sich ab zwischen dem Vater und dem Sohn und den ‚natürlich‘ männlichen Geistlichen. Dass das Letzte auch in der römisch-katholischen Kirche der Fall ist (und anders als in den protestantischen Kirchen bis jetzt) macht klar, dass ihr Marienkult die Kultivierung eines Frauenbildes ist, in welchem die Frau ihren Platz weiß: unter dem Mann, als seine gehorsame Ehefrau, Mutter seiner Kinder.

Zu wenig realisieren wir uns, dass die Befreiungsbewegung, von der die Bibel erzählt, als reine Männergeschichte wohl kaum messianisch abgelaufen wäre. Vertreter dieser Männergeschichte ist Josef, der Verlobte der Maria, Sohn ‚aus dem Hause Davids. Er repräsentiert eine Tradition, die beginnt mit der Verheißung an David, dass ein Davidsohn kommen wird, der Israel endgültig aus der Sklaverei erlösen wird, der wahre König, der Messias. Diese Hoffnung aber wurde immer wieder enttäuscht. Die Geschichte der Söhne Davids ist zum Verzweifeln. Wird es immer so weiter gehen?

Und dann wird diese traurig stimmende Männergeschichte unterbrochen, indem der Gott der Verheißung einen Neuanfang macht ... mit einer Frau! Maria stammt nicht aus dem Hause Davids. Aber sie bekommt zu hören: ‚Du hast Gnade gefunden bei Gott. Und siehe, du wirst schwanger werden und einen Sohn gebären‘, und ‚Gott, der Lebendige, wird ihm den Thron Davids geben und er wird König sein über das Haus Jakobs für immer, seine Herrschaft wird kein Ende nehmen.‘ Zweifellos hat auch Maria bisher gedacht, dass die Geschichte nun einmal eine ist, die von Männern gemacht wird. Auch sie kann sich nicht vorstellen, dass der Geist des Befreier-Gottes weht, wohin er will. Sie fragt sich: ‚Wie soll das geschehen, da ich von keinem Mann weiß?‘ Auch sie muss daran erinnert werden, dass die Tatsache, dass es Israel überhaupt noch gibt, ein Wunder ist - eine Geschichte deshalb von ‚wunderbaren Geburten‘ (Sara, Rachel, Hanna und Marias Verwandte Elisabeth). Denn, wie der Bote der guten Nachricht sagt: ‚alle Dinge sind möglich bei Gott‘. Darauf wird Maria, inspiriert durch den Geist dieser großen Revolution, aktiv: ‚Siehe, ich bin die Sklavin des Befreier-Gottes (also dazu berufen seiner Befreiung zu dienen). Es soll geschehen nach deinem Wort‘.

Maria gibt hier nicht, wie zu oft gedacht wurde (wurde?), das Bild einer Frau ab, die sich fügt in das, was ihr nun einmal auferlegt ist. Sie engagiert sich: ja, so soll es geschehen! Nach deinem Wort und was kann dieses anderes sein als das Wort, das Erniedrigte aus dem Elend erlöst, die Verdammten dieser Erde aufwachen lässt. Und sie ergreift das Wort und singt: ‚Meine Seele lobt den Lebendigen, und mein Geist jubelt über Gott, meinen Befreier. Er hat auf die Erniedrigung seiner Sklavin geschaut ... Mächtige hat er von den Thronen gestürzt, Erniedrigte hat er erhöht. Hungernde hat er mit Gutem gefüllt und Reiche leer weggeschickt. Er hat



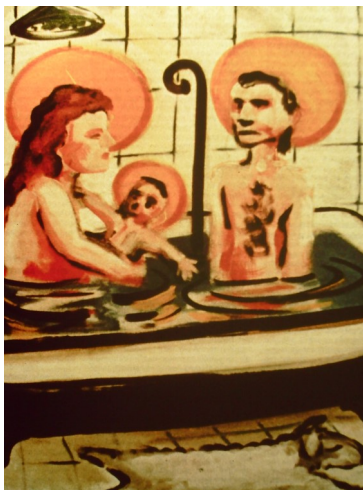
sich Israels, seines Kindes, angenommen und sich an seine Barmherzigkeit erinnert, wie er unseren Vorfahren zugesagt hatte, Abraham und seinen Nachkommen für alle Zeit‘.

Wie anders wäre diese Geschichte gelaufen, wenn Maria nicht in diese revolutionäre Tat Gottes eingestimmt hätte. Nicht ihr großes Wort gesprochen hätte: Es soll geschehen nach deinem Wort. Die Geschichtsbücher erzählen die Taten großer Männer. Eine durchwegs deprimierende Geschichte. Das Evangelium vom Kommen des Messias beginnt mit der Geschichte dieser Frau und ihrem Kampflied. Deshalb können wir sagen: Gottseidank sind es nicht diese Männer, die Geschichte machen. Und der Messias ist nicht nur der Sohn des Vaters, sondern auch der Sohn der Mutter, die es sich traut, eine MilitantIn zu sein, die ausruft: Basta! So kann es nicht weiter gehen, so darf es nicht weiter gehen. Sie trägt eher eine rote Fahne als einen Heiligenschein.

Die römisch-katholische Kirche hat aus dieser militanten, aufständischen Frau eine Madonna gemacht, die uns in rührender Weise daran erinnert, dass der Messias auch eine Mutter hatte. Oft wird sie mit einem Lächeln abgebildet. Was soll das bedeuten? Ist es das Lächeln einer glücklichen Mutter? Oder sehen wir das verschmitzte Lächeln einer Frau, die ein Geheimnis in sich trägt? Will sie mit ihrem Lächeln vielleicht sagen: ich bin nicht die Madonna, wie ihr sie euch vorstellt. Ich bin nicht der Inbegriff aller von Männern auf Frauen projizierten Weiblichkeit. Höre doch das Lied, das ich gesungen habe. Und singt mit.

Dick Boer

(Der Artikel erschien zuerst in der schweizer Zeitschrift ‚Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus‘ Nr. 1/104 (Januar 2010). Er ist zugleich ein Beitrag zum CfS-Matthäus-Seminar vom 13. bis zum 15. April 2018 in Bad Hersfeld. Siehe S.16 )



nem Rüstungswettlauf, der „längst begonnen“ habe und wünschte sich von Parlamentsabgeordneten eine Art Blankoscheck für Militäreinsätze im Ausland. Er schlug vor, „dass man darüber nachdenken sollte, für bestimmte Einsatzkräfte der Bundeswehr, die in multilateralen Verbänden dauerhaft vertreten sind, so etwas wie eine grundsätzliche Zustimmung zu erteilen.“ Zum Beispiel „für den Einsatz der Soldaten der Bundeswehr in den NATO-Aufklärungsflugzeugen Awacs.“

(Peter Schaber, Interview mit Hans-Christian Ströbele. Der Artikel wurde am 17. Februar 2018 in der Zeitschrift „Junge Welt“ veröffentlicht.

Inzwischen ist eine Regierung aus CDU, CSU und SPD entstanden, die ihre Leitlinien auf einen Koalitionsvertrag stützt, in dem der Ausbau gerade der multilateralen Verbände vorgesehen ist. Es geht dabei um eine Militarisierung Europas, die auf der einen Seite dem Druck der USA entgegenkommen will, im Rahmen der NATO die Militärausgaben aufzustocken, zugleich aber die Spannungen mit Russland erhöht. Hinter dem Argument der Einbindung in die NATO war dem Verfassungsgericht seinerzeit möglich, die Teilnahme Deutschlands am Jugoslawienkrieg als verfassungskonform darzustellen. Ähnlich könnte das Verfassungsgericht auch argumentieren, wenn es um Waffenlieferungen an die Türkei geht. Aber der Einfall der Türkei in das Gebiet von Afrin ist eindeutig ein Angriffskrieg, der gegen das Völkerrecht verstößt (H.F.)



248 Seiten | € 16.80 | ISBN 978-3-89965-790-6

Gerade erschienen, mit Aufsätzen von

Kuno Füssel

Franz Segbers

Julia Lis

Ilsegret Fink

Dick Boer

Ulrich Duchrow

Michael Ramminger

Philipp Geitzhaus

Und vielen anderen

## **„In einer solchen NATO darf Deutschland nicht sein“ Gespräch mit Hans-Christian Ströbele**

*Herr Ströbele, Sie haben den Einsatz deutscher Panzer in Afrin kritisiert. Die Bundesregierung sagt dazu gar nichts. Lässt man der Türkei wieder alles durchgehen?*

Es ist ganz offensichtlich so, dass die Türkei als NATO-Partner nahezu uneingeschränkt mit Waffen beliefert wird. Das war in der Vergangenheit nicht anders, bis auf eine Ausnahme: Unter Rot-Grün sollten, soweit ich erinnere, tausend Panzer geliefert werden. Der Deal ist dann gestoppt worden, weil durch Fotos belegt wurde, dass deutsche Panzer im Krieg gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eingesetzt waren. Inzwischen scheint das völlig obsolet, in den letzten Jahren hat das Land Waffen von fast 100 Millionen Euro aus Deutschland erhalten.

Wenn der SPIEGEL recht hat, diente der Besuch des türkischen Außenministers bei Sigmar Gabriel dazu, die Zusage der Bundesregierung zur Modernisierung einzuholen. Sie sollen für den Kampf gegen Milizen nachgerüstet werden. Das ist die Lage. Sigmar Gabriel hat offenbar die Genehmigung für diese Nachrüstung in Aussicht gestellt. Ich halte das für grundgesetzwidrig. Im Grundgesetz steht ja, dass die Vorbereitung eines Angriffskrieges verfassungswidrig ist. Es ist aber ein Angriffskrieg, den die Türkei derzeit führt. Sie marschiert in ein anderes Land ohne UN-Mandat ein. Deutschland marschiert zwar nicht mit, unterstützt das aber.

Der zusätzliche Skandal ist, wie nicht nur Deutschland, sondern die ganzen westlichen Länder einschließlich der USA mit den Verbündeten umgehen. Sie haben die Kurden die „Drecksarbeit“ machen lassen - nun werden sie zum Abschuss freigegeben.

*Gibt es Möglichkeiten, gegen den Panzerdeal juristisch vorzugehen?*

Dafür wäre zunächst zu verifizieren, dass die Bundesregierung vom bevorstehenden Angriffskrieg mit den Leos wusste, gleichwohl die wohlwollende Prüfung zugesagt hat. Das wäre eine riesige Geschichte, wenn das stimmt. Deshalb müsste die Bundesregierung nun unverzüglich im Bundestag gefragt und gestellt werden. Wenn es so ist, muss man überlegen, ob eine Klage dagegen sinnvoll ist. Allerdings dauert es beim Verfassungsgericht sehr lange bis zur Entscheidung. Dann ist der Krieg vorbei.

*Waffenexporte in die Türkei scheinen normal zu werden, obwohl die Situation immer schlimmer wird.*

Bekanntermaßen haben die Grünen vieles an Kriegseinsätzen mitgemacht, wogegen ich mich wandte. Aber das war der eine Erfolg, dass die Panzerlieferungen damals gestoppt worden sind. Das war nicht bloß einer Einsicht darin zuzuschreiben, dass das schlimm ist, sondern es entwickelten sich erhebliche Widerstände in der Öffentlichkeit. Denn es gab Fotos, wie die Panzer im Bürgerkrieg gegen die Kurden eingesetzt wurden. Und es gibt Fotos, die die Leopard-2-Panzer beim türkischen Angriff auf den überwiegend von Kurdinnen und Kurden selbstverwalteten Kanton Afrin in Nordsyrien zeigen. Mehrere Medien haben darüber berichtet.

Etwa zeitgleich erschien auf der Internetseite des Bundesverteidigungsministeriums ein Interview, das die „Redaktion der Bundeswehr mit Wolfgang Ischinger führte. Der Leiter der auch als „Siko“ bekannten Sicherheitskonferenz sprach darin von ei-

## **Jesus und Imperiale Herrschaft - damals und heute (ein Beitrag zum Matthäus-Seminar 2018)**

In allen kanonischen Evangelien dominiert der Konflikt zwischen Jesus, der die Erneuerung des Volkes Israel rund um das Thema des jetzt bevorstehenden Gottesreichs verkündet, und den Herrschern: sowohl den römischen Machthabern, die ihn kreuzigen, als auch den Autoritäten in Jerusalem, die mit Hilfe der Schriftgelehrten und Pharisäer immer wieder versuchen, Jesus mundtot zu machen. Dieser beherrschende Konflikt in den Evangelien ist glaubwürdig. Er passt zu den Darstellungen des Lebens im römischen Palästina in anderen Quellen, wie etwa den Geschichtswerken des Josephus, den Apologien des Philo und wichtigen Qumranrollen. Auch hier finden wir ständige Auseinandersetzungen - häufig offen und gewalttätig - zwischen dem jüdischen und galiläischen Volk auf der einen und reichen und mächtigen Hohenpriestern, den herodianischen Herrschern sowie ihren römischen Schutzherren auf der anderen Seite.

Der stärkste Widerstand gegen gewalttätige Machthaber formierte sich auf dem Land. Aufständische Bauern versuchten, ihre Unabhängigkeit gegenüber Rom durchzusetzen. Solche Bewegungen wurden in der Geschichte des Volkes Israel schon von Propheten wie Mose und Josua oder von volksnahen Königen wie dem jungen David angeführt. Auch zur Zeit Jesu gab es verschiedene prophetische und messianische Strömungen und Bewegungen - ein Hinweis auf tief in der Tradition des frühen Israel verwurzelte Drehbücher vom Zusammenspiel von Anführern und Bewegungen, die immer wieder darum gekämpft haben, das Volk von einer Fremdherrschaft zu befreien und die Freiheit zu erhalten. Dass auch Jesus und seine Anhänger diese Rollen und Muster übernahmen, wird klar, wenn man betrachtet, wie Jesus im Markusevangelium immer wieder als Prophet wie Mose und/oder Elia auftritt und wie ambivalent die Frage dargestellt ist, ob und wie Jesus vielleicht auch ein Messias des Volkes sein könnte.

...

Jesus und der von ihm angestoßenen Bewegung war es vor allem ein Anliegen, durch die Erneuerung der Bundesgemeinschaft den zerstörerischen Wirkungen der römischen Fremdherrschaft zu widerstehen. Großfamilien und Dorfgemeinschaften waren die grundlegenden Organisationsformen der israelitischen Gesellschaft. Militärische Übergriffe und die vielfältigen Tribut-, Steuer und Zehntforderungen führten zu einer Schuldenspirale, zu Hunger und zum Zerfall des dörflichen Gemeinschaftslebens. Beim Gebet

um das Anbrechen des Reiches Gottes ging es Jesus um diese Grundgegebenheiten im Leben der Menschen, vor allem in den konkreteren Bitten um das tägliche Brot und die Aufhebung der Schulden (Mt. 6,12 par Lk 11,3f.)

Markus zeigt Jesus immer wieder dabei, wie er in Dörfern (oder Dorf-  
"Versammlungen" = synagogai) in Galiläa und darüber hinaus predigt und heilt und wie seine Bewegung an Kraft gewinnt. Die Evangelien machen auch deutlich, dass Jesus sich um den Erhalt und die Neugestaltung der Familie, der Häuser und der menschlichen Lebensgemeinschaft bemühte (z.B. Mk 10,2-9, 17-31!).

Die parallelen Aussendungsreden in Mk 6, 6-13 und Q 10, 2-16 sind hier Schlüsselstellen. Sie zeigen, dass Jesu Botschafter aussandte, um sein Programm, die Verkündigung des nahen Gottesreiches, das Heilen und die Austreibung von Dämonen, weiter zu tragen. Die Botschafter sollten eine Zeitlang in den Dörfern arbeiten und versuchen, den kärglichen Haushalten, von denen sie aufgenommen wurden, wirtschaftlich nicht zur Last zu fallen. Die Aussendungsreden lassen deshalb vermuten, dass sie nicht nur predigten und heilten, sondern im Grunde auch „Gemeinde aufbauen“.

Dass die Erneuerung der Gemeinschaft ein Grundanliegen von Jesu Mission war, belegt die berühmteste Rede in Q, die der Bergpredigt bei Matthäus und der Feldrede bei Lukas zugrunde liegt. Beide sind sofort als Reden erkennbar, die sich auf den Mose-Bund beziehen und ihn erneuern. Wie die ursprüngliche Verkündigung des Bundes in Exodus 20 und seine Erneuerung bei Josua weisen sie drei Schlüsselemente auf: Die Erlösungsbotschaft Gottes, Bundesprinzipien des sozialen Verhaltens und Sanktionen zur Durchsetzung dieser Prinzipien.

Anders als in Exodus 20 und ähnlich wie in der Zeremonie der Erneuerung des Bundes in der Gemeinderegel von Qumran kommen die „Segnungen und Verfluchungen“ aber nicht zum Schluss als Sanktion sondern am Anfang als die neue Erlösungsbotschaft Gottes: Die Armen sind mit dem Reich Gottes gesegnet. Als Gesegnete können sie von den ständigen Auseinandersetzungen und Konflikten ablassen, die zur Auflösung von Gemeinschaft führen, und wieder zu Kooperation und gegenseitiger Unterstützung zurückkehren („Liebt eure Feinde, tut Gutes und leiht...“). Die beste, vielleicht einzige Möglichkeit der Galiläer und Judäer, sich gegen den Einfluss der Römer zu wehren, bestand also in der Rückbesinnung auf die gemeinschaftliche Solidariät und gegenseitige Unterstützung.

Das sich entfaltende Reich des globalen Kapitalismus unterscheidet sich zwar strukturell von der römischen Reichsordnung, es hat aber ähnliche

Auswirkungen auf die Menschen und wirkt noch tiefgreifender und heimtückischer. Megakonzerne verleiben sich andere große Firmen ein und bilden so transnationale Korporationen, die die Regierungen vieler Länder kontrollieren. Wie das antike Römische Reich zieht der globale Kapitalismus Ressourcen vor Ort ab, die gebraucht werden, um lokale Gemeinschaften und Familien zu erhalten, und steigert mit ihnen den Reichtum, die Privilegien und die Macht einer großstädtischen Elite.

Anders als das antike Römische Reich, das die lokalen Gemeinschaften als seine wirtschaftliche Basis bestehen ließ, zerstört der globale Konsumentkapitalismus allerdings systematisch lokale kulturelle und soziale Strukturen, um seine Märkte zu vergrößern und seine Profite zu steigern. Auf weitaus subtilere Weise als der antike römische Terror gegenüber unterworfenen Völkern, aber ebenso intensiv und noch effektiver, bringt er die von ihm unterworfenen Völker dazu, dem Götzen Kapital zu dienen. Das globale Kapital verschlingt auch den „gemeinschaftlichen Reichtum“ vieler Länder und zwingt zu einer Reduktion der Ressourcen für die eigene Infrastruktur und öffentliche Fürsorge.

Jesu Verkündigung von der Königsherrschaft Gottes kann man kaum direkt auf die heutige imperiale Situation übertragen...Christen müssen erst einmal ernsthaft analysieren und darüber nachdenken, wie sie auf den globalen Kapitalismus und seine Auswirkungen angemessen reagieren können. ... (Es kommt darauf an), dass wir eine Vision alternativer Lebensformen des Zusammenlebens entwickeln, die unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus, aber in Widerstand zu ihm, aufrecht erhalten werden können.

Wie die erneuerten Gemeinschaften im Volk Israel müssten sie politisch-ökonomisch und religiös geprägt sein, gerade um der ständigen invasiven Macht und atomisierenden Wirkungen des Konsumentenkapitalismus entgegen zu wirken.

*Richard A. Horsley*

(aus Zeitschrift Bibel und Kirche, 2/ 2007, S. 89 - 93, gekürzt)